

der allgemeinen Teuerung, stets noch sehr niedrig ist und nicht die Höhe erreicht, welche die Zeitung haben müßte, weil sie ihr Papier, Farbe, Oel, Kohlen, elektrischen Strom für Licht und Kraft, Telegraphen-Büros und Korrespondenzen und was sonst noch alles in Goldwährung bezahlen muß, ohne selbst Goldbehalten zu haben. Die Fernspreckgebühren, die Postgebühren, die Abzüge, die Gehälter steigen von Woche zu Woche sprunghaft hoch. Den Zeitungen bleibt so nichts weiter übrig, als ebenfalls ihre Preise zu erhöhen. Wenn der Zeitungsleser weiter bedenkt, daß die Zeitungen das Bezugsgehalt jedesmal auch noch beträchtlich entwertet erhalten, denn durch das Kassieren vergehen stets einige Tage, in denen die Selbstwertung munter fortschreitet, so muß er über das in heutiger Zeit sicher unkaufmännische Gebahren der Zeitungen staunen. Aber die Zeitungen haben noch Ideale, sie wollen billig sein, auch in teurer Zeit, um allen Kreisen die Möglichkeit zu erhalten, der alten Heimatzeitung treu bleiben zu können.

— (Zahlmittleknappheit bei den Postanstalten) Die Nachrichtenstelle der Oberpostdirektion teilt mit: Infolge der plötzlich eingetretenen Geldentwertung ist erneut ein großer Mangel an Zahlungsmitteln eingetreten. Den Postanstalten stehen infolgedessen nicht die erforderlichen Barmittel zur Verfügung, die sie zum Auszahlen der außerordentlich hohen Beträge von Militärversorgungsgeldern, Post- und Zahlungsanweisungen, Böhen usw. benötigen. Die Reichsbank, auf die die Postkassen bei Beschaffung von Geldmitteln hauptsächlich angewiesen sind, kann den augenblicklichen Bedarf bei weitem nicht decken. Alle Personen, die Geld aus der Postkasse zu erhalten haben, werden deshalb einige Tage Geduld haben müssen, bis es gelungen ist, die notwendigen Zahlungsmittel zu beschaffen.

— (Wo soll das hin?) Ein Bandwirt teilt uns folgendes Vorkommnis mit: „Da mein Dorfschmied nicht auf Ochsenbeschlagen eingerichtet ist, schickte ich meine Zugochsen zum Beschlagen aufs Nachbardorf. Abends ging ich hin, um zu bezahlen. Der Schmied präsentierte mir seine Rechnung: Vier neue Ochsenbeschlagen je 1 Goldmark = 4 Goldmark; die Goldmark zu 1,2 Milliarden Mark = 4,8 Milliarden Mark. Am gleichen Tage erhielt ich für einen Liter Milch 4,6 Millionen Mark. Ich muß also 1045 Liter Milch verkaufen, um diese vier Ochsenbeschlagen zu können. In der Vorkriegszeit wurde der Liter Milch mit 18 Pfennigen bezahlt. 22 Liter genügten demnach, um ein Paar Ochsen beschlagen lassen zu können. Heute brauche ich 1045 Liter, also 50 mal mehr.“ Wenn dieses gerabazu ungeheuerliche Mißverhältnis nicht sofort beseitigt wird, muß die sächsische Landwirtschaft in kurzer Zeit zusammenbrechen.

— (Milchpreise.) Das ungeheuerliche Fortschreiten der Geldentwertung zwingt dazu, auch die Milchhöchstpreise in kurzen Zwischenräumen beträchtlich zu steigern. Obwohl diese Preiserhöhungen in zahlreichen Fällen zu starker Einschränkung im Verbrauch dieses für Kinder und Kranke unerlässlichen Nahrungsmittels führen müssen, ist es unvermeidlich, den Frischmilchpreis dem Verarbeitungswerte der Milch anzupassen, der in den Berliner Butterpreisnotierungen seinen Ausdruck findet. Andernfalls würde mit einer der Frischmilchlieferung abträglichen Steigerung der Buttererzeugung oder einer Einschränkung der Milchviehhaltung zu rechnen sein. Dies müßte aber schließlich zum vollständigen Zusammenbruch der ohnedies knappen Milchversorgung der sächsischen Großstädte und Industriegebieten führen. Die Milchpreise außerstädtischer Gebiete sind regelmäßig noch höher als die sächsischen Milchhöchstpreise. Auch ist im Vergleich zu anderen Lebensmitteln, z. B. zum Brot, die Milch noch verhältnismäßig niedriger im Preis als vor dem Kriege. Den besonders Bedürftigen wird auch weiterhin der Milchbezug durch entsprechend erhöhte verbilligungszuschüsse ermöglicht werden.

— (Die neuen Milchpreise.) Von heute Donnerstag, den 25. Oktober ab, betragen die Erzeugerhöchstpreise für Milchlieferungen an Molkereien, Sammelstellen oder Milchhändler ab Stall für das Liter Vollmilch 270 000 000 M., für das Liter Fettprozent 90 000 000 M., Mager- oder Buttermilch 120 000 000 M. Die Höchstpreise für den Milchleinverkauf durch die Erzeuger unmittelbar an die Verbraucher ab Gehöft betragen für das Liter Vollmilch 285 000 000 M., Mager- oder Buttermilch 125 000 000 M. Die Erzeugerhöchstpreise für Lieferung an Wiederverkäufer betragen für Kuhhalter ab Gehöft: für das Pfund Butter 2 700 000 000 M., für das Pfund Speisequark mit höchstens 75 Proz. Wassergehalt 400 000 000 M. Für den Kleinverkauf von Butter und Quark ab Gehöft oder Molkerei unmittelbar an die Verbraucher ist zu den Preisen den Kuhhalter 5 Proz., den gewerblichen Molkereien 10 Proz. Zuschlag zu zahlen.

— (Die Witterberatung) in Obersteina findet am Freitag, den 2. November 1923, nachm. 1/3 Uhr in der Schule, Wohnung von Herrn Lehrer Mische, statt. Arzt wird anwesend sein.

Dhorn. (Durchgehende Pferde.) Schmiedemeister Hartmann aus Polenz wollte mit seinem Geschirr geschäftlich hier. Seine Pferde gingen plötzlich durch, während er in einem Hause war. Er eilte heraus, warf sich ihnen entgegen, aber Pferde und

Wagen gingen über ihn weg, so daß er schwer verletzt im Auto nach Polenz gebracht wurde, wo er verschied. Er stand im 71. Lebensjahre.

Leppersdorf. (Aufgedeckter Diebstahl.) Der bei dem Gutsherrn Oskar Bergmann hier Mitte September von 2 unbekanntem Bettlern gestohlene Treibriemen konnte dem Geschädigten wieder zurückgegeben werden, nach dem er bei einem Dresdener Goldschmied, der der gewerbmäßigen Hehlerei überführt ist, beschlagnahmt wurde.

Dresden. (Die Reichswehr besetzt das Polizeipräsidium.) Seitens der Reichswehr ist heute das Polizeipräsidium besetzt und der Eingang durch Maschinengewehre und Posten gesichert worden. Es darf angenommen werden, daß die Veranlassung hierzu die Hamburger Vorfälle gewesen sind, bei denen unerwartet Sturmangriffe seitens der Kommunisten auf die Polizeigebäude und Polizeiwachen unternommen wurden.

Dresden. (In der heutigen Sitzung des Landtages) wurde festgestellt, daß das nach den Mitteilungen des Finanzministers Böttcher angeblich aus Rußland stammende Getreide, eine Spende der internationalen Arbeiterhilfe nicht aus Rußland stammt, sondern aus den sächsischen Beständen entnommen ist. Bedingt der Betrag ist durch Schied überwiesen worden. Die sächsischen Bestände sollen durch Aufkäufe im Auslande wieder ergänzt werden.

Dresden. (Die Vorfälle in Freital.) Die Dresdener Volkszeitung bringt einen längeren Bericht über Zusammenstöße zwischen Reichswehrruppen und der Arbeiterschaft in Freital. Die Erkundigungen an der zuständigen Stelle ergeben ist der Bericht unwarhaft und stellt eine Aufschaukelung ganz unerheblicher Vorkommnisse dar. Die Truppen verfügen über keine Pettschaften, können also auch damit nicht eingeschlagen haben. Ebenso ist festgestellt, daß alle Fenstersteine unbeschädigt sind. Wie bereits gemeldet, hat ein Unteroffizier, von Demonstranten hart bedrängt, in der Notwehr von der Waffe Gebrauch gemacht und dabei einen Mann am Bein verwundet.

isd. Freiberg, 25. Okt. (Reichswehr gegen Plünderer.) Trotz des Ausnahmezustandes kam es am Dienstag in den Spätnachmittagsstunden hier durch revolutionäre Erwerbslose vielfach zu Plünderungen von Bädern und Fleischerläden, sowie von Geschirren, die mit Nahrungsmitteln beladen waren. So wurde u. a. auch ein Proviantfassender Wagen der Reichswehr auf dem Hofplatz von diesen rabulalen Elementen ausgeraubt. Viele Geschäfte der Innenstadt schlossen die Türen. Als Reichswehr aus der Kaserne in die Stadt einrückte, Straßenzüge säuberte und abspernte, waren die Banden verschwunden. Zum sofortigen Schutze der Bürgerschaft sind nunmehr Reichswehrrabteilungen innerhalb der Stadt in städtischen Gebäuden untergebracht. Mittwoch vormittag wurden durch Reichswehr und Kriminalbeamte Hausdurchsuchungen nach gestohlenem Gute abgehalten, die teilweise zu Ergebnissen und Verhaftungen führten. Viele Geschäfte der inneren Stadt waren auch am Mittwoch noch geschlossen.

Bekanntmachung des Reichswehr-Kommandanten.

Dresden, 25. Oktober. Das Reichswehrkommando teilt uns mit: In Meißeln und Pirna ist die Reichswehr durch das Verhalten eines Teiles der Bevölkerung gezwungen worden, von der Waffe Gebrauch zu machen. Die für die Truppe wie für die Bevölkerung gleich bedauerlichen Vorfälle wären vermieden worden, wenn sich alle Teile der Bevölkerung im Sinne des Aufrufes vom 20. Oktober voll bewußt wären, was es bedeutet, wenn auf Weisung der Reichsregierung die Reichswehr eingesetzt wird.

Die Reichswehr ist keine Polizei, die alle Möglichkeiten des Verhandeln, Zureden und Nachgeben erschöpft, ehe sie einschreitet!

Die Reichswehr ist die letzte und schärfste Waffe, aber die die Reichsregierung verfügt und die sie einsetzt, wenn der Ernst der Lage es erfordert.

Wenn sich die Reichswehr dort, wo sie Widerstand findet, auf langes Verhandeln einläßt, werden die Elemente, denen bereits die nötige Achtung vor der Polizei abhanden gekommen ist, auch durch die Reichswehr nicht in Schach gehalten. Damit wird die schärfste Waffe des Staates stumpf.

Alle Teile der Bevölkerung müssen sich darüber klar sein, daß die Reichswehr jeden Widerstand, den sie bei der Durchführung ihres Auftrages findet, mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln brechen muß.

Wenn bei Volksaufmärschen der dritten Aufforderung, auseinanderzugehen, keine Folge geleistet wird, wird mit der Waffe vorgegangen. Wird die Reichswehr jedoch selbst tödlich angegriffen, so wird sie sofort einschreiten. Sie handelt dann in Notwehr.

Auch die Auffassung einzelner Orts- u. Behörden, daß es Pflicht der Reichswehr wäre, ihr Eintreffen jeweils vorher bekannt zu geben, ist irrig.

Bei der jetzigen Aufgabe ist es nicht möglich, wie bei einer Truppenübung zu verfahren. Außerdem ist durch den in ganz Sachsen verbreiteten Aufruhr vom 20. Oktober der Einmarsch von Truppen allenthalben angekündigt. Jede Stadt usw. muß also mit ihrem Kommen rechnen. Dabei werden natürlich auch Orte berührt, in denen die Ruhe und Ordnung nie gefährdet war.

Der besonnene Teil der Bevölkerung hat die staatsbürgerliche Pflicht, den Truppen bei Erfüllung ihrer Aufgabe zu helfen.

Sächsischer Landtag.

Sitzung vom 25. Oktober. Die heutige Sitzung des Landtages brachte zunächst die Fortsetzung der Aussprache über die volksparteitlichen Anträge über die Versorgung der Bevölkerung mit Brot und Kartoffeln und Gewähr-

ung von Exportkrediten zur Verminderung der Arbeitslosigkeit. Nachdem sich Redner aller Parteien darüber ausgesprochen hatten, gingen die Anträge an den Haushaltsausschuß. Mehrere weitere vorliegende Gesetzentwürfe wurden teils an den Rechtsausschuß überwiesen, teils in Schlußberatung angenommen. Endlich fand die Aussprache über die Regierungserklärung statt, in der Abg. Kaiser (DVP.) dem Ministerpräsidenten eine große Ueberhebung vorwarf. Ministerpräsident Dr. Zeigler erzählte dann von angeblichen Uebergriffen der Reichswehr. Abg. Bentler (Dntf.) verurteilte scharf die Regierungserklärung. Die Deutschnationalen verließen hierauf geschlossen den Saal. Der Kommunist Li beratsch war natürlich mit Dr. Zeigler einverstanden, während der Demokrat Dr. Seyffert sich auf einen mittleren Standpunkt stellte. Die nächste Sitzung findet Dienstag 1 Uhr statt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Berlin, 26. Okt. (Parteiabnehmerbesprechung.) Die Führer der Regierungsparteien trafen am Donnerstag zu einer Beratung zusammen. Die Aussprache ergab vollkommene Uebereinstimmung aller Koalitionsparteien mit der Haltung der Reichsregierung im Konflikt mit Bayern. Es wurde einstimmig der Standpunkt vertreten, daß die Wahrung der Staatsautorität verlange, daß seitens der einzelnen Länder auch die Autorität der Reichsregierung und die Reichsverfassung respektiert werde. Mit Genugtuung wurde festgestellt, daß die vorgelegte Aussprache des Kanzlers mit den Ministerpräsidenten der Länder die Möglichkeit zu einer Verständigung zwischen dem Reich und Bayern gegeben habe.

Hagen, 26. Okt. (Der Kanzler erlucht in Hagen.) Im Reichshaus zu Hagen fand gestern eine Besprechung über die Lage im besetzten Gebiete statt, an der der Reichskanzler, der Reichsinnenminister, der Reichsminister für die besetzten Gebiete, der preussische Ministerpräsident und Vertreter der politischen Parteien und der Wirtschaftskreise des besetzten Gebietes teilnahmen. Der Kanzler erklärte mit allem Nachdruck, daß die Reichsregierung nicht im entferntesten daran denke, das besetzte Gebiet in Stücke zu lassen. Er legte im einzelnen dar, in welcher Weise die Reichsregierung unter Berücksichtigung der Finanzlage des Reiches die finanziellen Leistungen für das besetzte Gebiet geregelt habe. Zu den gegenwärtigen Separatistenbestrebungen bemerkte der Kanzler, daß nach wie vor die Zurückweisung solcher vaterlandsloser Bewegungen erwartet werden müsse und daß für die Reichsregierung und die Landesregierungen der Gedanke der Loslösung des besetzten Gebietes vom Reich ausgeschlossen sei. In die Darlegungen des Reichskanzlers, denen der preussische Ministerpräsident für die preussische Staatsregierung in vollem Umfange beitrug, schloß sich eine mehrstündige Aussprache an, in der die Vertreter des besetzten Gebietes auf die ungeheure Arbeitslosigkeit und die Lebensmittelknappheit des besetzten Gebietes hinwiesen. Die Schaffung eines werbefähigen Zahlungsmittels für das besetzte Gebiet wurde als besonders dringlich bezeichnet. Die Vertreter der Reichsregierung sagten mögliche Hilfe zu. Ein vorläufiges werbefähiges Zahlungsmittel soll von den Städten mit Genehmigung der Reichsregierung geschaffen werden. Es wurde mitgeteilt, daß die Parteien des besetzten Gebietes zur Sicherung einer ständigen Fühlungnahme untereinander und mit der Reichsregierung und zur Mitwirkung bei den kommenden Verhandlungen auf wirtschaftlichem Gebiete einen Ausschuß von 15 Personen bereits eingesetzt hätten.

Frankreich.

Paris, 26. Okt. (Die deutsche Note an die Reparationskommission.) Die Reparationskommission wird laut amtlicher Mitteilung heute keine Sitzung abhalten. Es ist noch zu bestimmen, wann die Beratungen der Kommission über die deutsche Note erfolgen werden. Die Verzögerung ist nach Informationen von eingeweihten Kreisen darauf zurückzuführen, daß zwei Hauptdelegierte der Kommission, der erste englische Delegierte Brabury und der erste italienische Delegierte Sabogai Ragaglia es für notwendig gehalten haben, persönlich zur Einholung von Informationen mit ihren Regierungen in Verbindung zu treten. Brabury ist bereits am Mittwoch nach London abgereist, während der italienische Delegierte nach einer Beratung mit der italienischen Finanzdelegation, die gestern nachmittag stattfand, nach Rom abreiste. In die Kreise erblüht man in dieser Einholung von Informationen einen Beweis dafür, welche bedeutende Schritte der vorgelegten Note Deutschlands beigegeben werden. Die französischen Delegierten stehen auf dem Standpunkte, daß die Reparationskommission in voller Unabhängigkeit entscheiden müsse, wie sie sich zu der deutschen Note stelle. Der französische Delegierte Pardu wird voraussichtlich beantragen, der deutschen Regierung zu antworten, daß Deutschland zunächst die Sachlieferung wieder aufnehmen solle und dadurch die von der Reparationskommission festgestellte Nichterfüllung aus der Welt

Die wirtschaftliche Lage der Deutschen Presse

hat sich in dieser Woche weiter verschlechtert und viele Verleger stehen angesichts des wirtschaftlichen Ruins vor der ersten Frage, ob es möglich ist, den Betrieb weiter aufrecht zu erhalten oder das Erscheinen der Zeitung einzustellen. Bis jetzt haben sich die Bezugspreise stets als zu niedrig erwiesen, und nur dadurch, daß Eingriffe in die Substanz gemacht wurden, war die weitere Ausgabe der Zeitungen noch möglich.

Um die etwa um das 15fache gestiegenen Betriebsausgaben mit den Einnahmen einigermaßen auszugleichen, sind die deutschen Zeitungen abermals zu einer wesentlichen Erhöhung gezwungen. Die Zeitungen erhöhen nur um das 11fache für die kommende Woche. Da sie sich hiermit wiederum für eine ganze Woche festlegen, was heute bei keinem andern Produkt mehr geschieht, bleiben sie also tatsächlich hinter der allgemeinen Teuerung abermals erheblich zurück. Sie bringen dieses Opfer, um in der jetztigen schweren Zeit den Abonnenten den Weiterbezug ihrer Zeitung zu ermöglichen. Gerade gegenwärtig enthält die Zeitung täglich allein so viele wichtige wirtschaftliche Angaben, daß aus deren Unkenntnis eine weit höhere finanzielle Einbuße erwachsen würde, als die Ausgabe für den Bezug der Zeitung ausmacht.

Der Bezugspreis des Pulsitzer Wochenblattes beträgt für die Woche vom 28. Oktober bis 3. November 3,5 Milliarden; Zuträgerlohn 100 Millionen. Der Verlag.

Preise auswärtiger Zeitungen: Dresdener Anzeiger 12 Milliarden, Dresdener Nachrichten 10 Milliarden, Dresdener Neuesten Nachrichten und Volkszeitung je 8 Milliarden, Leipziger Neuesten Nachrichten 13 Milliarden, Rittauer und Bauern Zeitungen 12 Milliarden, Kamener Tagesblatt 6 Milliarden, Weßlauitzer Zeitung Königsbrunn 4 Milliarden.